Andrea Ofner

Als Betriebsrätin erkennt frau bald, dass die Grenzen des Machbaren schnell erreicht sind. Im Betrieb kann ich darauf achten, dass Gesetze eingehalten werden – ich kann sie aber nicht ändern oder mitgestalten. Daher habe ich mich schon in der letzten Funktionsperiode entschlossen, einen Schritt weiter zu gehen und Arbeiterkammerrätin im Parlament der Arbeitnehmer_innen zu werden. Hier kann ich Ungerechtigkeiten, die in der Gesetzgebung verankert sind, aufzeigen und mit entsprechenden Forderungen dagegen ankämpfen.

Ich sehe meine Aufgabe auch als Vermittlerin zu meinen Kolleg_innen, insbesondere der Unibediensteten des allgemeinen Personals. Diese über relevante Anträge der anderen Fraktionen zu informieren gehört genauso dazu wie ihre Anträge oder Anregungen in die AK zu bringen.

Als Uni-Bedienstete und Uni-Betriebsrätin ist für mich die Forderung nach mehr **Mitsprache in den Universitäten** nach wie vor ein Schwerpunkt. Die Aufhebung der Professor_innenmehrheit und Sitz und Stimme für den Betriebsrat in den Berufungskommissionen (das Gremium trifft die Vorentscheidung über die Bestellung einer Professur, meist auch Leitung eines großen Teams) ist in der AK schon positiv aufgenommen worden. Die Stimme des BR in der Berufungskommission würde auch der Forderung nach sozialer Kompetenz in den Führungseben zu mehr Gewicht verhelfen. Daher werde ich in der AK weiter auf eine Umsetzung drängen.

Zugang für jedefrau und jedermann zu Bildungseinrichtungen – vom Kindergarten bis zur Universität ist ebenfalls ein Thema, das ich vorantreiben werde.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer, mit oder ohne Kinder, für Menschen mit und ohne Behinderung, aus- oder inländischer Herkunft, geachteter oder vielfach geächteter sexueller

Orientierung, Religionszugehörigkeit mit einer Göttin oder mehreren Göttern, oder für Menschen ohne Konfession, sind leider noch lange nicht gegeben – und daher ein Bereich, dem ich mich in der AK besonderes Augenmerk schenkten möchte.

Ein weiteres zentrales Thema ist die **Aufwertung der öffentlichen und sozialen Berufe**. Da gilt es die Tätigkeit nicht nur hinsichtlich des (betriebs)wirtschaftlichen Nutzens, sondern auch hinsichtlich ihres Werts für die Gesellschaft zu betrachten. Arbeit, die einen gesellschaftlichen Mehrwert (Kindergärtner_innen, Pflegepersonal, uvm..) erzeugt, muss auch entsprechend entlohnt werden. Davon sind nicht nur Gewerkschaft, AK und Regierung zu überzeugen, sondern auch die Frauen, die zum Großteil diese wertvolle Arbeit verrichten.

Ich werde mich allerdings auch weiterhin zu allen anderen Bereichen zu Wort melden die mir unter den Nägeln brennen. (zB: Kampf der Steuerhinterziehung statt Sozialabbau, Heizschwammerl, Kopiergebühren bei Gericht, …)